

Beiträge rauf!

Nach 16 Jahren Merkel stehen die Zeichen auf Veränderung in der deutschen Außen- und Europapolitik | Von Henning Hoff

Während Bundesaußenminister Heiko Maas gerade die traurigen Reste der deutschen Afghanistan-Politik abwickelt, ist trotz heißer Wahlkampfzeit eines wenig diskutiert, aber weithin unumstritten: Nach dem Ende der Merkel-Ära braucht Deutschland eine neue Außen- und Europapolitik.

Bei aller Anerkennung der Leistungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel als Europas oberster Krisenmanagerin (und die Liste ist lang: von Staatsschulden-, Euro- und Krim-Annexions-Krise bis zur Flüchtlings- und Coronavirus-Krise, nicht zu vergessen die Trump-Präsidentschaft) – ab diesem Herbst wird es um weit mehr gehen als das Drehen an den berühmten Stellschrauben. Deutschland braucht die außenpolitische Sprunginnovation.

Nicht nur hat sich die seltsame Arbeitsteilung der Merkel-Zeit überlebt, bei der ein meist SPD-geführtes Auswärtiges Amt per „Stärkung des Multilateralismus“ die Welt retten wollte (somit Mittel über Zwecke stellte) und die Kanzlerin ihre Sonderbeziehungen vor allem nach Peking und Moskau pflegte. Auch die von Francis Fukuyama inspirierte Grundannahme, man stünde in Deutschland, wenn auch mit etwas Glück, endlich auf der richtigen Seite der Weltgeschichte, weshalb sich die meisten Probleme nunmehr mit Zuwartung lösen ließen, hat sich verflüchtigt.

Weltpolitisch vollzieht sich nach langer Ansage nun der *pivot to Asia* tatsächlich; Europa und der euro-transatlantische Raum rücken aus dem Zentrum des Weltgeschehens. In Asien beziehungsweise der nunmehr „Indo-Pazifik“ genannten Region bildet sich das neue Kraft- und Konfliktzentrum. Zugleich sind liberale Demokratie und freie Gesellschaftsordnung bedrohter als je zuvor seit dem Fall der Berliner Mauer. Zudem droht die weiterhin unbegrenzte Klimakrise, der Menschheit die Lebensgrundlagen zu entziehen. Vor diesem Hintergrund ein Weiter so? Wohl kaum.



1. Europa handlungsfähig machen

Das deutsche Verlangen, stets alle 27 (bis 2019: 28) EU-Mitglieder „mitzunehmen“, hat die Zentrifugalkräfte innerhalb der EU eher verstärkt denn geschwächt. Die EU muss ihre Grundsätze nun durchsetzen – und das geht

nur mit klarer deutscher Führung. Dies muss einhergehen mit einem Mehr an deutschen Investitionen in Europas Zukunft, politisch wie finanziell. Denn das erstmals per gemeinsamer Schuldenaufnahme finanzierte wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm „NextGenerationEU“ wäre verschenkt, wenn es im Laufe

dieses Jahrzehnts nicht auch um einen politischen Quantensprung erweitert würde, der sich sowohl nach innen wie nach außen richten und für Europäerinnen und Europäer greifbar sein muss.

Dazu gehören Schritte, wie zum Beispiel von Frankreich gewünscht, zur „Vollendung“ der Währungsunion, etwa durch

perspektivisch gemeinsame Schuldenaufnahme („Eurobonds“) unter der Maßgabe, dass diese vor allem der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU dient. Nicht alles wird mit allen 27 Mitgliedern gehen, ein Agieren in kleinen Untergruppen und in unterschiedlichen Geschwindigkeiten wird die Regel werden. Dort wird sich Berlins Rolle am stärksten ändern: weniger ausgleichender Vermittler, mehr ambitionierter Avantgardist.

Wenn die EU weltpolitisch mitspielen will, braucht sie unter anderem einen Euro, der zur Reservewährung taugt; eine europäische Industriepolitik, die den Kontinent von der Halbleiter- bis zur Batterieproduktion unabhängiger macht; und noch vor allem einen „Hohen Repräsentanten für Klimapolitik“, also eine Art EU-Klimaaußenminister oder -ministerin, um Europas Beitrag zur Abmilderung der Klimakatastrophe zu koordinieren und gegenüber den Vereinigten Staaten und China zu vertreten.

Dazu muss sich deutsche Politik in bisher nicht gekanntem Maße europäisieren, sowohl in dem Sinne, dass sie den Ausbau von EU-Strukturen fördert – zum Beispiel den Europäischen Auswärtigen Dienst (mit dem bislang kaum jemand gern zu tun hat, fragen Sie das amerikanische State Department!) – als auch dergestalt, dass Deutschland für und im Auftrag der EU handelt. Solche Schritte zu dem zuerst von Emmanuel Macron formulierten Ziel europäischer Souveränität würden idealer Weise von Paris als Vorleistung und Ansporn gesehen, französische Fähigkeiten ebenfalls stärker in die EU einzubringen, bis hin zum UN-Sicherheitsratsitz und der *force de frappe*.

2. Transatlantische Bindung stärken

Ohne die Vereinigten Staaten kann Europa keinen Flughafen in Afghanistan schützen, Flugwege denn die Sicherheit des eigenen Kontinents garantieren – schon deshalb bleibt der engstmögliche Schulterchluss mit Washington unverzichtbar.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadeard.

Knietief

Wer die Wahl hat, hat die Qual – wer eine bevorstehende Bundestagswahl hat, wird durch das Triell gequält. So lautet doch diese Redewendung – oder nicht? Es gibt aktuell natürlich diverse Formate, die über die Wahl berichten und den Kandidierenden eine Plattform geben. Anhand des Triells lassen sich die Probleme des Politikjournalismus aber am deutlichsten beobachten.

Aufgebaut ist es wie eine Art Speeddating für Journalist_innen und Menschen, die knietief in politischen Debatten stecken. Viele wichtige Themen werden da nur oberflächlich angerissen, andere gehen völlig in verwirrenden Details unter. Wer kein „News Nerd“ ist, bleibt auf der Strecke, soll sich aber trotzdem eine fundierte Meinung bilden – Journalismus mit Aufklärungsauftrag geht anders.

Möchte man sich doch mal zugänglicher geben, werden komplexe Fragen wie die des Klimaschutzes auf ein „Was soll das alles kosten?“ reduziert. Statt darüber zu sprechen, warum wir es uns eben *nicht* leisten können, dort zu zögern und zu versagen, wird dem eigenen Publikum erst gar kein weiteres Interesse zugetraut.

Falls es entfallen sein sollte: Unsere nächste Bundesregierung hat die historische Aufgabe, die Klimakrise in ihrem vollen und tödlichen Ausmaß abzuwenden. Warum wird selbst in zentralen Formaten wie dem Triell nicht mit Dringlichkeit und der nötigen Tiefe darüber gesprochen? Wir bekommen hier die Quittung eines nachweislich schädlichen Horse Race Journalism, der sich eher auf Einzelpersonen im Wahlwettbewerb konzentriert, statt ernsthaft in politische Fragen einzutauchen.

Das dritte Triell steht noch aus. Die Hoffnung, dass andere, oft existenzgefährdende Probleme überhaupt angesprochen werden und die Kandidierenden echte Lösungen bieten müssen, bleibt winzig. Zumal sie genug Raum bekommen müssten, um nicht als Randnotiz zu verhalten, in unhinterfragten Worthülsen oder gar Lügen erstickt zu werden. Denn was nützt der sorgfältigste Faktencheck, wenn er erst mehrere Stunden nach Ende der Sendung Laschets angebliche „Brandmauer nach Rechts“ als Drehtür entlarvt? Auch der Kampf gegen Rechtsextremismus und rechten Terror war übrigens bisher kaum Thema. Dabei sind allein der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag in Halle und der in Hanau alle in der laufenden Legislaturperiode gewesen.

Wahlkampf 2021 ist, wenn sich alle beschweren, dass es zu wenig um Inhalte geht. Das wird sich allerdings auch nicht ändern, so lange Medienschaffende kaum für Bedingungen sorgen, unter denen sich gut über Inhalte sprechen lässt.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

Kein Lob der Bequemlichkeit

Noch fehlen die guten Geschichten über die Transformation der Wirtschaft. Auf die nächste Bundesregierung warten große Aufgaben | Von Wolfgang Mulke

Wenn Tesla-Gründer Elon Musk dem Bau seiner Gigafabrik im brandenburgischen Grünheide einen Besuch abstattet, stehen Fans am Bauzaun. Die Boulevardpresse lichtet den Unternehmer mit Familie gerne beim Besuch in Berlin ab. Musk ist ein Star. Das zeigt, dass Wirtschaft Menschen auch im oft als technologiefeindlich gescholtenen Deutschland begeistern kann.

Eine Aufbruchstimmung ähnlich der rund um die geplante Produktion von Elektroautos und Batterien vor den Toren der Hauptstadt, lässt sich sonst im Land kaum feststellen. Die Stimmung ist eher gereizt. Die Wirtschaftsverbände beklagen einen gewaltigen Reform- und Investitionsstau. In Teilen der Jugend ist angesichts des Klimawandels Zukunftsangst ausgebrochen. Den einen geht die Transformation nicht schnell genug. Sie wollen den Umbau der Industrie baldmöglichst erzwingen. Die anderen befürchten Wohlstandsverluste durch den Klimaschutz. Von Chancen ist selten die Rede. Das beklagt auch der Soziologe Harald Welzer. „Das Ungleichgewicht

in der Wahrnehmung entsteht dadurch, dass die Konsumgesellschaft pausenlos gute Geschichten über sich erzählt, während die Umwelt- und Klimabewegung nur Geschichten über den Untergang des Planeten und über Genügsamkeit verbreitet“, stellt er fest.

Weitgehend einig sind sich die Wirtschaftsverbände über den Reformbedarf nach der Bundestagswahl. Auf die künftige Regierung kommen gewaltige Herausforderungen zu. Zum Teil sind sie das Erbe der Ära Merkel, zum Teil der Pandemie geschuldet und zu einem Teil wohl auch die Quittung für zu viel Bequemlichkeit in guten Zeiten. Daran ist die Wirtschaft selbst nicht schuldlos, weil sie oft lange an alten Geschäftskonzepten festhielt und dadurch womöglich den Anschluss verpasste.

Die Forderungen der Wirtschaft an die künftige Regierung sind aus vielen früheren Wahlkämpfen hinreichend bekannt. Die Unternehmensteuern sollen runter, die Investitionen steigen. Die Verbände pochen auf bessere Rahmenbedingungen für Forschung und

Entwicklung sowie den Abbau von bürokratischen Hemmnissen. Dabei schwingt gleichzeitig meist die Warnung mit, den für den Klimaschutz erforderlichen Umbau nicht zu schnell durchzusetzen. Dann, so die Botschaft, werde der Industriestandort Deutschland die Transformation bewältigen.

Doch wie lassen sich die Chancen der Transformation nutzen? Ein Schlüssel besteht in der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür sind sowohl hohe private als auch öffentliche Investitionen notwendig. Das Land braucht flächendeckend schnelle Internetzugänge. Der Mittelstand muss sei-

nen Rückstand bei der Digitalisierung aufholen und die öffentliche Verwaltung ihre Dienste auch digital anbieten. Das Thema spielt auch bei der Verkehrswende eine bedeutende Rolle. Die Schieneninfrastruktur kann die erwarteten Kapazitäten nur aufbauen, wenn der Verkehr digital gesteuert wird. Das autonome Fahren wird erst möglich, wenn der Datenverkehr auf den Straßen sichergestellt ist. Die Effizienzgewinne durch digitale Technologien könnten am Ende größere sein als die Verluste durch die Aufgabe klassischer Geschäftsfelder.

Die zweite Großbaustelle sind Investitionen in den Klimaschutz. Die Zeit dafür wird allmählich knapp. Es fehlt ein Fahrplan, wann die Wirtschaft welchen Beitrag zu CO₂-Einsparungen leisten muss. Das bemängelt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). „Die Anlagen, die 2030 klimafreundlich produzieren sollen, stehen entweder schon, oder die Unternehmen müssen jetzt zügig über diese Investitionen entscheiden“, stellt BDI-Präsident Siegfried Russwurm fest. Die Politik rede viel über die Kli-



WOLFGANG MULKE

ist Journalist in Berlin mit den Schwerpunktthemen Verkehr, Verbraucher und Nachhaltigkeit. Kürzlich erschien sein Buch „Nachhaltig Geld anlegen“ (Stiftung Warentest).

Beiträge rauf!

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

Diese für Deutschland und Europa zentrale Beziehung ist kein Selbstläufer, sondern bedarf der Pflege ebenso wie der politischen Angebote. Das ist in Berlin spätestens während der Trump-Zeit so stark in Vergessenheit geraten, dass man auf Joe Bidens Präsidentschaft, womöglich der letzte „echte“ Transatlantiker im Weißen Haus, bislang viel zu verhalten reagiert hat.

Das muss sich ändern. Der Teil der US-Politik, der Europa (noch) wohlgesonnen ist, braucht Argumente, warum sich das Bündnis für Amerika weiter „lohnt“. Dazu gehören fähigere Streitkräfte und eine europäische „Säule“ der Nato, die diesen Namen auch verdient. Jenseits der Sicherheitspolitik ist dazu zwischen der EU und den Vereinigten Staaten bereits manches aufgesetzt, so der Handels- und Technologierat (TTC), der bei Digitalisierung und Zukunftstechnologien schnell gemeinsame Standards setzen sollte. Und gerade weil die Amerikaner sich stärker Asien zuwenden und tradierte transatlantische Bande schwächer werden, bedarf das Verhältnis noch mehr deutscher Impulse und Initiativen, selbst wenn Trump oder ein „Trumpscher“ US-Präsident erneut ins Weiße Haus einzöge.

3. Resilienter Realismus: China und Russland

Not tut schließlich auch eine grundlegende Neuaufstellung der Beziehungen zu China und Russland. Einiges wäre bereits durch konsequente Europäisierung

erreicht. Dann hätte sich ein gigantisches geopolitisches Eigentor wie die Erdgas-Pipeline North Stream 2 gar nicht fabrizieren lassen – und die nächste Regierung mag noch effektivere Wege finden, deren großen Schaden einzudämmen, als Merkel zuletzt dazu willens oder in der Lage war.

Die „systemische“ Herausforderung, die vor allem von Chinas Ein-Parteien-Diktatur ausgeht, aber eben auch von Wladimir Putins Kleptokraten-Herrschaft mit ihrem Dauerangriff auf die liberale Demokratie, wurde in der Merkel-Zeit lange unterschätzt. Eine grundlegende Neubewertung dürfte zu dem Schluss kommen, dass sich Moskauer Druckpolitik nur mit resilientem Realismus begegnen lässt, zumindest so lange Putin im Amt ist – einer nüchternen Realpolitik also, die sich zugleich stärker gegen Putinsche Korruption, Untergrabung und geökonomischer Erpressung schützt, wie sie sich im Fall von North Stream 2 bereits abzeichnet.

Auch die Überzeugung, Deutschland sei wirtschaftlich von China abhängig und müsse gegenüber Peking stets mit gebühlicher Zurückhaltung agieren (und nicht etwa von chinesischen „Wolfskrieger-Diplomaten“ in die Mangel genommenen Bündnispartnern von Kanada bis Litauen beistehen), dürfte einer Überprüfung kaum standhalten.

Peking hat Handelsbeziehungen stets nur zu den eigenen Bedingungen akzeptiert; vieles deutet darauf hin, dass sich Xi Jinpings Reich in Zukunft noch stärker abschottet.

Menschenrechte und international bindende Zusagen wie im Fall Hongkongs werden dem totalitären Machtanspruch der KP und ihres Anführers untergeordnet. Aus deutscher Sicht stünde dem als Ziel eine China-Politik gegenüber, die das weltpolitische Ereignis einer aufstrebenden Supermacht in Asien nicht schicksalsergeben begleitet, sondern auf europäischer Ebene eigene Antworten findet – auch durch eine viel stärkere Beschäftigung mit Land und Region sowie den Aufbau größerer lokalesiedelter Expertise, auch dies im europäischen Verbund.

„Ich sehe die Europäische Union als unsere Lebensversicherung“, sagte Angela Merkel im Interview mit der *Financial Times* Anfang 2020, kurz bevor die Pandemie der EU die nächste Zerreißprobe bescherte. Es wird Zeit, die eigenen Beiträge zu dieser Lebensversicherung ordentlich aufzustoßen. Dazu ist Mut und großer politischer Wille notwendig. Man kann ihn der nächsten Bundesregierung nur von Herzen wünschen.



KORBIELN.COM

DR. HENNING HOFF

ist Editor-at-Large von *Internationale Politik* und Executive Editor, deren englischsprachiger Ausgabe, *Internationale Politik Quarterly*, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Er ist Mitgründer des Verlags WELTKIOSK.

Kein Lob der Bequemlichkeit

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >



Es wird nach der Wahl auch darauf ankommen, die notwendigen Anreize für Investitionen zu schaffen. Fratzscher lehnt daher eine pauschale Absenkung der Unternehmensteuern ab. Stattdessen plädiert er für bessere Abschreibungsbedingungen, etwa die Sofortabschreibung von Investitionen. Auch eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen ist sinnvoll. Die große

offene Frage ist allerdings, wie der Staat die gewaltigen anstehenden Ausgaben am Ende finanzieren will.

Über die zentralen Herausforderungen hinaus gibt es viele weitere wichtige Aufgaben, die in den kommenden Jahren angepackt werden müssen. „Wir haben einen riesigen Reformstau“, stellt Fratzscher fest. Das Bildungssystem muss modernisiert, die Sozialsysteme

zukunftstauglich gestaltet werden und vieles mehr. Lohn könnte am Ende ein moderner Sozialstaat mit hohem Wohlstandsgrad sein. Doch von dieser Aufbruchstimmung ist Deutschland noch weit entfernt. „Man muss anders darüber reden“, glaubt Soziologe Welzer, „über gestalten, nicht verzichten.“ Davon ist im Wahlkampf leider wenig zu hören.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (*), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (*), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (*), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM *Der Hauptstadtbrief* am Samstag ist eine Publikation von PrinzMedien und erscheint wöchentlich online auf www.derhauptstadtbrief.de | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Deppendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © Der Hauptstadtbrief 2021

Frauen und Mädchen stärken

Ihre Spende für weltweite Gleichberechtigung.
IBAN: DE 93 3705 0198 0000 0440 40

www.care.de

 **care**® **wirkt. weltweit.**

